

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Bettina Meier

Untersuchungsausschuss der Vereinten Nationen nimmt Tätigkeit auf

Anfang August 2014 nahm der vom UN-Menschenrechtsrat beauftragte Untersuchungsausschuss (*OHCHR Investigation on Sri Lanka – OISL*) seine Tätigkeit auf. Er soll angebliche, während des Bürgerkrieges in Sri Lanka begangene Menschenrechtsverletzungen aufklären. Im Juni hatte die UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay drei internationale Experten damit beauftragt, die unter ihrer Ägide stattfindende Untersuchung zu begleiten. Ernannt wurden Martti Ahtisaari, Ex-Präsident von Finnland, Silvia Cartwright, ehemalige Richterin am Obersten Gerichtshof Neuseelands sowie Asma Jahangir, ehemalige Präsidentin der pakistanischen Menschenrechtskommission. Untersucht werden soll der Zeitraum von Februar 2002 bis November 2011, in den auch die blutige Schlussoffensive der sri-lankischen Streitkräfte gegen die Befreiungstiger von *Tamil Eelam* (LTTE) fällt, die zahlreiche zivile Opfer forderte. Der Menschenrechtsrat in Genf hatte Pillay im März 2014 mit der Untersuchung beauftragt. Sri Lanka hatte von Anfang an klar gemacht, dass eine Untersuchung nicht mit internationalen Experten durchgeführt werden dürfe. Präsident Mahinda Rajapaksa erklärte, Sri Lanka werde dem UN-Team keine Visa erteilen.

Einschüchterungen durch gewalttätigen Mob

Ein Trainingsworkshop der Anti-Korruptionsorganisation *Transparency International Sri Lanka*, der sich an tamilische Journalisten richtete, wurde im Juni 2014 von einer Gruppe aggressiver Störer so massiv behindert, dass er abgebrochen werden musste. Dutzende Protestierer hatten vor dem Veranstaltungsort Plakate hochgehalten, in denen die Seminarteilnehmer beschuldigt wurden, separatistische *Tamil Tigers* zu unterstützen. Außerdem riefen sie hetzerische Parolen. Journalistennetzwerke beklagten die fortwährende Einschüchterung und die sich verschärfende Schikane gegenüber Journalisten. Vertreter von solidarischen Organisationen erhielten nach einer Pressekonferenz, in der von dem Vorfall berichtet wurde, Todesdrohungen. In ähnlicher Weise wurde ein privates Treffen von Angehörigen Verschwundener am 4. August 2014 von Regierunganhängern und buddhistischen Mönchen gestürmt. Die in den Räumen der kirchlichen Organisation *Center for Society and Religion* in Co-

lombo stattfindende Veranstaltung, an der auch westliche Diplomaten teilnahmen, konnte erst nach stundenlangen Verhandlungen mit der Polizei fortgesetzt werden. Die aus dem tamilischen Norden angereisten Teilnehmer/-innen waren schon vor dem Treffen bedroht worden.

Nationale Untersuchungskommission durch ausländische Berater verstärkt

Zu der von Präsident Rajapaksa 2013 ernannten Untersuchungskommission, die den Verbleib der während des Bürgerkriegs verschwundenen Personen ermitteln soll, stießen im Juli 2014 ausländische Berater hinzu: Sir Desmond de Silva, ein britischer Anwalt und ehemaliger UN-Anwalt für Kriegsverbrechen in Sierra Leone, Sir Geoffrey Nice, Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, und David Crane, ehemaliger Chefankläger des Spezialgerichtshofes für Sierra Leone. Die Kommission ist damit beauftragt, Vermisste zu suchen und mögliche Kriegsverbrechen, die während des 26 Jahre andauernden Bürgerkrieges verübt worden waren, aufzuklären. Präsident Rajapaksa machte jedoch klar, dass mögliche Empfehlungen nicht bindend für seine Regierung seien. In der Vergangenheit haben bereits mehrere Kommissionen zu diesem Thema gearbeitet, ihre Ergebnisse blieben in der Regel unter Verschluss.

Proteste gegen Zwangsumsiedlungen in Colombo

Die mit der massiven Modernisierung Colombos einhergehende Vertreibung ärmerer Bevölkerungsschichten aus der Stadt führt zunehmend zu Protesten. Im August 2014 klagte eine Gruppe von Hausbesitzern gegen ihre Zwangsenteignung durch die *Urban Development Authority* (UDA), nachdem diese die Anordnung der sri-lankischen *Human Rights Commission*, die Enteignung zu stoppen, ignoriert hatte. Seit Jahren berichten Bürgerrechtsorganisationen über Landenteignungen im tamilischen Norden und Osten des Landes. Die Gesetze erlauben eine Enteignung privaten Landes, wenn dieses einer „öffentlichen Nutzung“ zugeführt werden soll – in der Realität hat sich jedoch gezeigt, dass auf dem meist für militärische Zwecke enteigneten Land Privathäuser, Ferienresorts und landwirtschaftliche Nutzflächen entstanden, die von singhalesischen Militärs genutzt werden.